



Mag. Gerhard Karner
Bundesminister

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2023-0.476.943

Wien, am 22. August 2023

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Mario Lindner, Genossinnen und Genossen haben am 22. Juni 2023 unter der Nr. **15413/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Schutz vor Gewalt und Störaktionen gegen PRIDE-Veranstaltungen in Österreich“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

- *Welche Vorkehrungen wurden von der Polizei und anderen Einrichtungen der inneren Sicherheit unternommen, um PRIDE-Veranstaltungen insbesondere außerhalb Wiens ausreichend vor Gewalt und Störaktionen zu schützen?*
- *Welche Mittel werden eingesetzt, um PRIDE-Veranstaltungen/Demonstrationen/Kundgebung in Bundesländern außerhalb Wiens im PRIDE-Monat Juni, sowie davor (z.B. in St. Pölten und Mistelbach im Mai) und im Sommer (z.B. in Klagenfurt, Graz und Innsbruck im Juli) besser vor Störaktionen und Übergriffen zu schützen?*

Von den Landespolizeidirektionen wurde bzw. wird eine Gefährdungseinschätzung getroffen und auf deren Basis eine erforderliche Anzahl an Exekutivbediensteten kommandiert und ausreichend Einsatzmittel für den Einsatz bereitgestellt.

Zur Frage 3:

- *War Ihnen allfällige Mobilisierungen gegen PRIDE-Veranstaltungen in einschlägigen Chatgruppen und Online-Foren vorab bekannt?*
 - a. *Wenn ja, welche Maßnahmen bzw. Vorkehrungen haben Sie ergriffen, um auf allfällige Störungen vorbereitet zu sein?*

Aus polizeitaktischen Gründen muss von jedweder Beantwortung dieser Frage Abstand genommen werden. Gruppierungen, Personenkreise bzw. einzelne Personen, die gegebenenfalls einschlägige Chatgruppen und Online-Foren nutzen, würden durch die öffentliche Information, dass der Landespolizeidirektion diesbezügliche Mobilisierungen bekannt sein könnten, vorgewarnt und würden sie ihr Verhalten ändern, wodurch die künftige Aufgabenerfüllung der Sicherheitsbehörden erschwert bzw. in gewissen Bereichen unmöglich gemacht werden könnte.

Zu den Fragen 4 und 5:

- *Wie viele potenzielle Hassverbrechen wurden in den zwei Wochen der „Vienna Pride“ bzw. im Nachhinein mit Bezug auf Veranstaltungen der „Vienna Pride“ zur Anzeige gebracht? Bitte um konkrete Auflistung nach Tatbestand.*
- *Wie viele potenzielle Hassverbrechen wurden im Umfeld bzw. im zeitlichen Zusammenhang von PRIDE-Veranstaltungen/Demonstrationen/Kundgebung außerhalb Wiens im PRIDE-Monat Juni, sowie davor (z.B. in St. Pölten und Mistelbach im Mai) und im Sommer (z.B. Klagenfurt, Graz und Innsbruck im Juli) zur Anzeige gebracht? Bitte um konkrete Auflistung nach Tatbestand und Bundesland.*

Entsprechende Statistiken werden nicht geführt. Von einer anfragebezogenen retrospektiven manuellen Auswertung wird auf Grund des enormen Verwaltungsaufwandes und der damit einhergehenden Ressourcenbindung aus Gründen der Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns Abstand genommen.

Zur Frage 6:

- *Wie viele Vandalismusakte o.ä. in Zusammenhang mit Symbolen der LGBTIQ-Community (z.B. zerstörte Fahnenmasten an Gemeindeämtern, beschmierte Regenbogen-Schutzwege, versenkte Regenbogen-Bänke etc.) wurden zwischen Mai und Juli 2023 zur Anzeige gebracht? Bitte um konkrete Auflistung nach Tatbestand und Bundesland.*

Bundesland	Tatbestand	Anzahl
Stand: 22. Juni 2023		
Oberösterreich	§ 125 StGB (Sachbeschädigung)	1
Steiermark	§ 125 StGB (Sachbeschädigung)	2
	§ 127 StGB (Diebstahl)	1
Vorarlberg	§ 125 StGB (Sachbeschädigung)	1
Wien	§ 125 StGB (Sachbeschädigung)	5
	§ 127 StGB (Diebstahl)	4

Zu den Fragen 7 und 8:

- *Welche konkreten Schritte plant Ihr Ministerium in Zukunft, um der LGBTIQ-Feindlichkeit in Österreich entgegenzutreten?*
- *Inwieweit arbeiten Ihr Ministerium oder nachgelagerte Dienststellen mit Community-Organisationen und Vereinen zusammen, um der steigenden LGBTIQ-Feindlichkeit in Österreich entgegenzutreten?*

Auf meine Beantwortung der Fragen 7 und 8 der parlamentarischen Anfrage 11457/J vom 23. Juni 2022 (11182/AB XXVII. GP) und der Frage 11 der parlamentarischen Anfrage 14834/J vom 18. April 2023 (14345/AB XXVII. GP) darf verwiesen werden. Weiters darf mitgeteilt werden, dass, im Sinne der EntschlieÙung des Nationalrates vom 13. Oktober 2022 (267/E XXVII. GP), am 26. Juni 2023 ein Runder Tisch zu „Hassverbrechen gegen LGBTIQ-Personen“ von den Bundesministerien für Inneres und für Justiz mit Vertreterinnen und Vertretern betroffener NGOs stattgefunden hat, um nach Analyse des Datenbestandes geeignete Maßnahmen zu erarbeiten, um die Gewalt und Hassverbrechen an LGBTIQ-Personen konkret präventiv zu verhindern.

Im Rahmen des Programms POLIZEI.MACHT.MENSCHEN.RECHTE (PMMR) ist auf Bundesebene das Zivilgesellschaftliche Dialoggremium (ZDG) eingerichtet. Zu den Sitzungen werden NGOs eingeladen, die einen Bezug zu menschenrechtsrelevanten Themen haben und sich unter anderem auch für die Gleichberechtigung aller Menschen, unabhängig von Geschlecht, Alter, ethnischer und sozialer Zugehörigkeit, Hautfarbe, Sprache, Religion, sexuelle Orientierung oder Behinderung einsetzen. Mit speziellem Schwerpunkt auf die geschlechtliche Orientierung wurden bisher unter anderem „Queer Base“ – eine Organisation von Menschen mit und ohne Fluchterfahrung in Wien, die geflüchtete Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans- und Interpersonen bei ihrem Asylverfahren und danach unterstützt – und „Homosexuelle Initiative (HOSI) Wien“ – eine Interessenvertretung von Lesben und Schwulen in Österreich – eingeladen.

In den Landespolizeidirektionen wurden im Rahmen des Programms POLIZEI.MACHT.MENSCHEN.RECHTE Regionale Dialogforen (RDF) eingerichtet, zu denen ebenfalls NGOs mit menschenrechtlichen Aufgabenbereichen eingeladen werden. In der Landespolizeidirektion Wien wurde im Jahr 2017 ein Fachzirkel zum Thema „Situation von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Inter- und Transpersonen (LGBTIQ) als Asylwerbende in Österreich“ eingerichtet. Diesbezüglich fanden Fachzirkelsitzungen statt und es erfolgte eine Zusammenarbeit mit der „Wiener Antidiskriminierungsstelle für gleichgeschlechtliche und transgender Lebensweisen (WASSt)“.

Gerhard Karner

